

Zehn Punkte für Peer

Ein modernes Deutschland braucht eine starke SPD bei den Bundestagswahlen. 4 Jahre CDU-FDP Koalition lassen unser Land ohne Ideen und Konzepte vor den Herausforderungen unserer Zeit stehen. Unsere Generation steht im Herbst vor der wichtigsten Bundestagswahl seit 1998. Stellvertretend für die vielen Dinge, für die es sich einzusetzen lohnt, nennen wir Jusos Hamburg 10 Dinge, die wir mit Peer Steinbrück als Bundeskanzler in Deutschland besser machen wollen:

1. Wir wollen einen Staat, der auch in Zukunft noch handlungsfähig ist!

Staatsfinanzierung durch Schulden darf keine Option der Politik mehr sein. Stattdessen müssen Schulden abgebaut werden, damit Geld investiert wird, statt Zinsen zu bezahlen. Allerdings sind die immensen Aufgaben unserer Zeit durch Ausgabenkürzungen alleine nicht zu finanzieren. Eine stärkere Besteuerung hoher Einkommen und Vermögen ist nötig, damit auch zukünftige Generationen in unserem Staat noch gestalten können.

Vor allem gilt es, insbesondere Städte und Kommunen endlich ausreichend finanziell auszustatten. Sie leisten die Daseinsvorsorge vor Ort. Auch müssen wir dem Substanzverlust bei den Straßen und Gebäuden entgegenreten.

Schlussendlich müssen auch die sozialen Sicherungssysteme mit Blick auf den Demographischen Wandel weiter reformiert werden. Der Deutsche Sozialstaat ist eine unserer bedeutendsten kulturellen Errungenschaften und darf nicht durch Untätigkeit aufs Spiel gesetzt werden.

2. Wir wollen in Bildung investieren um unseren Wohlstand auch in Zukunft zu erhalten!

Ein gutes Bildungssystem ist die sicherste und sozial gerechteste Investition die ein Staat tätigen kann. Wir wollen erstklassig ausgestattete und kostenfreie KITAs, Schulen und Hochschulen. Wir brauchen mehr BetreuerInnen, LehrerInnen und DozentInnen um unsere Talente noch besser zu fördern. Deshalb wollen das Kooperationsverbot für den Bund abschaffen und 20 Mrd. € pro Jahr in unser Bildungssystem investieren.

3. Wir wollen fair bezahlte Arbeit in Deutschland, die sich lohnt!

Arbeit bildet den Kern unseres Wohlstands und gibt den Menschen Würde. Die geht jedoch verloren, wenn Menschen sich trotz Arbeit ihren Lebensunterhalt nicht leisten können. Gute Arbeit muss fair entlohnt werden. Wir fordern daher einen flächendeckenden, gesetzlichen Mindestlohn von 8,50 €. Faire Bezahlung setzt auch voraus, dass gleiche Arbeit gleich bezahlt wird, egal ob sie von Männern oder Frauen, von der Stammebelegschaft oder von LeiharbeiterInnen geleistet wird. Darüber hinaus muss der jungen Generation eine sichere Berufsperspektive geboten werden.

Unbezahlte Praktika gehören ebenso wenig dazu wie andere prekäre Beschäftigungsverhältnisse. Nur wer eine langfristige und sichere Einkommensgrundlage hat, kann eine Familie gründen.

48
49
50
51
52
53
54
55
56
57
58
59
60
61
62
63
64
65
66
67
68
69
70
71
72
73
74
75
76
77
78
79
80
81
82
83
84
85
86
87
88
89
90
91
92
93
94
95
96
97
98

4. Wir wollen gezähmte Finanzmärkte, die nie wieder unseren Wohlstand bedrohen können!

Der Raubtierkapitalismus hat in den vergangenen Jahren ganze Volkswirtschaften an den Rand des Abgrunds gedrängt. Um eine Wiederholung der Krise zu verhindern, brauchen wir deutlich stärkere Regeln und Sicherungen. Dazu gehören unter anderem höhere Eigenkapitalvorschriften, das Verbot schädlicher Finanzprodukte und eine klare Trennung zwischen Investment- und Geschäftsbanken. Außerdem wollen wir in Europa die Finanztransaktionssteuer einführen, um Märkte zu entschleunigen und die Folgen der Krise zu beseitigen. Schließlich muss der Druck auf SteuerbetrügerInnen erhöht werden. Wer Schwarzgeld oder Steuern beiseiteschafft muss die volle Härte des Gesetzes spüren. Getreu dem Motto „Raus mit der Kavallerie!“ müssen Steuerabkommen mit anderen Staaten neu verhandelt werden.

5. Wir wollen Europa gemeinsam erhalten und erneuern!

Europa ist nicht nur Antwort auf Krieg und Elend. In Europa liegt die Zukunft. Wir brauchen wieder eine Bundesregierung, die sich für eine stärkere Europäische Integration einsetzt, anstatt sie durch nationalistischen Populismus zu gefährden. Wir wollen eine Union, die nicht nur Binnenmarkt und Bürokratie pflegt, sondern auch Wirtschafts- und Sozialpolitik zunehmend gemeinsam betreibt. Wir wollen mehr Demokratie in Brüssel und mehr Solidarität gegenüber den Krisenländern. Die Jugendarbeitslosigkeit zu bekämpfen ist eine Aufgabe von uns allen.

6. Wir wollen, dass Wohnraum in Deutschland bezahlbar ist!

Um dem zunehmenden Mangel an günstigem Wohnraum in deutschen Städten entgegenzuwirken, brauchen wir mehr Geld für den Wohnungsbau und eine Reform des Mietrechts. Es bedarf eines Ausbaus an öffentlich gefördertem Wohnraum. Zudem müssen Städte in der Lage sein, Grundstücke auch nach sozialen Gesichtspunkten zu vergeben. Innerhalb des Mietrechts bei Wiedervermietungen eine Kappungsgrenze von 10% über der ortsüblichen Vergleichsmiete. Außerdem wollen wir der ausufernden Abzocke durch hohe Maklergebühren entgegentreten, indem wir festschreiben, dass bei Neuvermietungen in Zukunft gilt: „Wer bestellt, bezahlt.“ Darüber hinaus wollen wir das Wohngeld als Instrument der sozialen Sicherung stärken.

7. Wir wollen die Energiewende weiter voranbringen, anstatt sie andauernd zu bremsen!

Nach zahlreichen Kurswechseln und Konflikten droht der Energiewende in der Merkel-Regierung der Stillstand. Wir wollen in einem eigenen Energieministerium Zuständigkeiten bündeln und den Ausbau der Versorgung durch erneuerbaren Energien ungebremst voranbringen. Die Basis hierfür bilden Versorgungssicherheit, Umweltverträglichkeit und Bezahlbarkeit. Die Energiewende darf nicht zu einer Überbelastung der VerbraucherInnen und zu Wettbewerbsnachteilen für die Unternehmen in Deutschland führen. Vielmehr muss der Wirtschaftssektor Energie weiter ausgebaut und die Vorreiterrolle Deutschlands behauptet werden. Dafür werden wir mehr Geld für die Forschung bereitstellen.

99
100
101
102
103
104
105
106
107
108
109
110
111
112
113
114
115
116
117
118
119
120
121
122
123
124
125
126
127
128
129
130
131
132
133
134
135
136
137
138
139
140
141
142
143
144
145
146
147

8. Wir wollen eine Familienpolitik, die sich an den Bedürfnissen unserer Zeit orientiert!

Die Vereinbarkeit von Familie und Beruf hat oberste Priorität. Die Familie muss dabei stets im Vordergrund stehen. Der Rechtsanspruch auf einen KITA-Platz ab dem 1. Lebensjahr muss umgesetzt werden. Wir wollen deshalb das Betreuungsgeld abschaffen und das gesparte Geld in den Ausbau einer attraktiven Ganztagsbetreuung investieren. Das schließt gutes und gesundes Mittagessen in KITAs und Schulen genauso ein, wie ein großes Angebot an Nachmittagsaktivitäten. Darüber hinaus brauchen wir für Eltern, die familienbedingt in Teilzeit gehen, einen Rechtsanspruch auf die Rückkehr in Vollzeit. Familienarbeitszeit soll ermöglichen, dass die Arbeitszeit befristet und partnerschaftlich reduziert werden kann. Zudem soll das Elterngeld für Eltern die gleichzeitig in Teilzeit arbeiten und Elterngeld beziehen von sieben auf 14 Monate ausgedehnt werden. Neben einer guten Infrastruktur brauchen Familien aber vor allem auch finanzielle Absicherung. Wir wollen einkommensabhängiges Kindergeld. Das bisherige Kindergeld wird beibehalten, aber unter bestimmten Voraussetzungen erhöht. Zudem wollen wir das Bildungspaket für bedürftige Kinde von 2011 reformieren.

9. Wir wollen eine fortschrittliche Medienlandschaft und eine vielfältige Kultur!

Die Förderung einer kreativen Gesellschaft ist unsere Aufgabe. Dazu gehört die Unterstützung von Hoch- wie Breitenkultur gleichermaßen. Kultur ist keine Ware. Sie vermittelt Lebensgefühl. Künstlerinnen und Künstler müssen von ihrer Arbeit leben können. Zugleich dürfen wir uns den Errungenschaften des digitalen Zeitalters nicht verschließen. Mit einer gerechten und fortschrittlichen Urheberrechtsreform wollen wir die gegenwärtigen Debatten befrieden. Die Existenz öffentlich-rechtlicher Rundfunkanstalten ist ein wichtiger Bestandteil unseres Zusammenlebens. Der Fortbestand einer vielfältigen Rundfunklandschaft durch den Erhalt auch der digitalen Spartenkanäle bleibt unser Ziel. Öffentlich-rechtliche Produktionen sollen weitestgehend frei von Quotendruck im Sinne des Programmauftrags bilden, informieren und unterhalten. Der Film- und Fernsehstandort Deutschland muss weiterhin lebendig bleiben. Dazu bedarf es einer starken Filmförderung, die wir gemeinsam im Bund und in Zusammenarbeit mit den Landesfilmförderanstalten leisten wollen.

10. Wir wollen und wir können besser regieren!

Angela Merkel und ihr Kabinett regieren Deutschland unter Wert. Wir wollen wieder gestalten, statt bloß zu verwalten. Wir wollen mit Peer Steinbrück einen Kanzler der die Themen und damit verbundenen Aufgaben anpackt anstatt sie in ergebnislose Gipfel abzuschieben. Wir wollen mit den Grünen ein kompetentes Kabinett stellen, in dem sich MinisterInnen nicht füreinander schämen müssen und in dem auf Basis eines klaren Koalitionsvertrags kollegial zusammengearbeitet wird. Damit Deutschland ein modernes Land bleibt, ist es notwendig auch unpopuläre Entscheidungen zu treffen. Es ist paradox, dass ausgerechnet Angela Merkel von den positiven Folgen der Schröder'schen Reformpolitik profitiert, obwohl sie zu vergleichbaren Reformen nie bereit war. Fortschritt braucht Mut und dafür steht Peer Steinbrück wie bereits die sozialdemokratischen Kanzler vor ihm.